

Vossische Zeitung



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich...

Wochentlich 1 Mark monatlich 430 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung...

Verlag Vossische, Chudakowskij & W. Julius Eibach...

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22/26

Fernsprech-Zentrale Ulstein: Amt Dählhoff (A 7) 3000-3005...

Der Vertrag wird nicht gekündigt

Neue Verhandlungen mit Helfingfors

Das Reichskabinett ist nach zweitägiger Beratung zu dem Beschluß gelangt, mit der Regierung Finnlands in einen neuerlichen Gedanken-austausch über die künftige Gestaltung der deutsch-finnischen Handelsbeziehungen einzutreten...

Das ist das Ergebnis des Kampfes um den deutsch-finnischen Handelsvertrag innerhalb der Reichsregierung. Die Eröffnung neuer Verhandlungen mit der finnischen Regierung kann nur bedeuten, daß die Forderung der agrarischen Vorkämpfer, den Handelsvertrag mit Finnland zu kündigen, im Reichskabinett nicht durchgebrungen ist...

ein vielfaches Überfließen würde, nicht überfließt werden wird.

Man kann annehmen, daß die neuen Verhandlungen mit Finnland auf der Grundlage des Zusatzabkommens zum Handelsvertrag geführt werden sollen, das vom Reichstag im November vorigen Jahres genehmigt worden ist, und das die Erhöhung des Zollertrages (auf 50 M statt 27,50 M) gestiftet, freilich nur bis Ende dieses Jahres. In den folgenden Jahren ermäßigen sich die Güter auf 40 bzw. 30 M. Hier wäre vielleicht der Weg zu neuen Vereinbarungen, die den Wünschen der deutschen Volksexportproduzenten entgegenkommen.

Als deutscher Unterhändler ist Generaldirektor von Auswärtigen Amt bestimmt. Er wird sich schon in den nächsten Tagen nach Helfingfors begeben.

Finnlands Entscheidung

von Dr. Wolf Zuder

Seit dem 15. Juli, dem Tag der Festsetzungsaufhebung haben sich die Verhältnisse in Finnland erheblich verändert. Eine deutliche Beschäftigung der zuerst tatsächlich überparteilichen Appropinquation ist nicht zu verkennen. Auf die Aufforderung eigener Kandidatenlisten für die Festsetzungsaufhebung hat der Landtag sich verweigert, offenbar aus der grundsätzlichen Opposition heraus, die die Bauernbewegung dem künftigen intellektuellen Parlament entgegenbringt. Sofofort hat fast alle die Parteien aufgefordert, auf ihre Willen solche Männer zu setzen, die fest zu den Wappsteinen ständen. Was man eine noch relativ unüberwindliche Barriere. Aber ganz eindeutig wurde die neue Haltung der Appropinquation in einem allgemeinen Stimmzug, der Güte Zude erlassen wurde. Hier laute zuerst die Forderung nach der Bildung einer gemeinsamen bürgerlichen Abwehrfront nicht nur gegen die Kommunisten, sondern auch gegen die Sozialdemokraten auf. Es geht heute also nicht mehr nur gegen die Kommunisten, sondern gegen die gesamte sozialistische Arbeiterfront. Und damit ist die größte finnische Partei in eine hier selbst überbrückende Bundesgenossenschaft mit den Kommunisten gezwungen worden.

Nach der Besichtigung des finnischen Bürgerkriegs, in dem Sozialdemokraten und Kommunisten noch in einer Front standen, hat sich ein heute schon unüberbrückbarer Gegensatz zwischen beiden Arbeiterparteien entwickelt. Auch in Finnland haben die Kommunisten nach Wlassow Rezept die sozialdemokratischen Organisationsformen systematisch zu unterwerfen gesucht, und es ist ihnen so auch im vorigen Jahre gelungen, einen großen Teil der Gewerkschaften unter ihren Einfluß zu bringen. Die Sozialdemokraten haben ihren Widerstand entsprechend entgegnet, und es ist nicht anzunehmen, daß sie einer Unterbrechung des Kommunismus mit legitimen Mitteln die Widerstand entgegengezeigt hätten. Trotzdem haben sie zusammen mit einem Teil der schwedischen Arbeiter die Festsetzungsvorlage der Ausnahmemaße gegen die Kommunisten abgelehnt, nicht aus Sympathie für die ihnen sehr unbecommene Rechtspartei, sondern in der Befürchtung, daß diese Ausnahmemaße eines Tages auch gegen sie selbst zur Anwendung gebracht werden könnten.

Die Entwicklung des Wahlkampfes hat der sozialdemokratischen Führung, in der Tanner, der Schöpfer der vorbildlichen finnischen Konfessionsgenossenschaften, an erster Stelle steht, recht gegeben. Die Bildung der sogenannten „bürgerlichen Einheitsliste“ gegen den Marxismus hat die Befürchtungen der liberalen Partei bestätigt, inwieweit die Appropinquation haben durchaus nicht bürgerlichen Charakter, die aus der überparteilichen Volkserhebung eine Parteifrage geworden ist, die Oberhand gewonnen. Die ursprüngliche Appropinquation war ein Vorstoß des böhmisches Bauernismus gegen ein südliches Parlament, das durch Reichshöfder arbeitsunfähig geworden war. Nun sind die Parteien der liberalen Partei, haben daraus eine Front gegen einzelne Parteien zu schmieden gewußt. Das freilich die Bäuerliche, das politisch Reichspartei einer Bewegung jenseits der alten, vielleicht liberaleren, Parteien ist damit verlorengegangen. Die Bauern sind den südlichen politischen Routiniers auf den Bein gegangen.

Die bürgerlichen Rechtsparteien, vor allem die reformistische „Sammlungspartei“ und die „Agrarpartei“ werden aber Voraussetzung nach ein Wahlbündnis für den 1. Oktober einbringen, den sich in diesen Angelegenheiten nicht angeschlossen werden. Damit werden die Chancen dieser Parteien recht günstig, zumal die Appropinquation diesen Wahlbündnis eindeutig unterstützen wird. Auf der anderen Seite ist eine Radikalisierung der bisher sehr gemäßigten Sozialdemokratie wohl kaum zu vermeiden. Große Teile der Kommunisten, die auf die Auffassung eigener Kandidaten verzichten wollten, werden zur Sozialdemokratie fließen, und obgleich man alles andere als erfreut über diesen Zuwachs ist, wird man in Anbetracht der Sammlung auf der rechten Seite neuen Wählern in der Auffassung der Kandidatenreehrung tragen müssen. Besonders radikalisierend hat innerhalb der Sozialdemokratie selbst die kürzlich erfolgte Beschäftigung des sozialdemokratischen Festsetzungsaufhebungs, die im allgemeinen dem Wlassow gewirkt, werden in seine Einflusskraft erst auf flüchtigen Reich der Appropinquation freigesetzt. Diese Ökonomie hat den Sozialdemokraten aus

Nach Hessen greift durch Kommunistische und nationalsozialistische Umfahrten verboten

Darmstadt, 15. August | Ulstein-Nachrichtendienst

Der hessische Innenminister hat auf Grund des Art. 123 Abs. 2 der Reichsverfassung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit für das Gebiet des Volksstaates Hessen, alle Anzüge, Durchmärsche und Gammeltanzveranstaltungen unternehmens nationalsozialistischer oder kommunistischer Organisationen, soweit sie auf Straßenzügen, Fußwegen und Plätzen erfolgen, verboten.

In der Verfügung wird darauf hingewiesen, daß es in letzter Zeit bei den Umzügen der genannten Organisationen, insbesondere bei solchen, die mit Kraftfahrzeugen unternommen werden, infolge der Störungen der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit gekommen ist. Bei solcher Gelegenheit haben sich immer wieder Hoffnungen der Bevölkerung auf städtische Bürger und Zusammenkünfte mit Abendsendungen ereignet, die teilweise in schwere Ausschreitungen ausgeartet sind. Es hat sich gezeigt, daß insbesondere bei den Umzügen ortsfremde Gruppen und Organisationen fähig und rasche Fortbewegung infolge von Ausschreitungen führte, als die Demonstrationen glaubten, sich der Polizei rascher und leichter entziehen zu können.

Belagerungszustand über Reichstatar

Waffenstillstandsverhandlungen mit Gandhi

London, 15. August | Ulstein-Nachrichtendienst

Der „Exchange Telegraph“ meldet aus Simla, daß der Vizekönig durch besondere Verfügung den Belagerungszustand im Gebiet von Peshawar erhebt hat.

In einer besonderen Erklärung zu der Verfügung teilt der Vizekönig mit, daß der Kommandant der Bundesarmee das Kriegsrecht anwenden darf, aber keine Befehle erteilen darf, die Gewalttätigkeiten herbeiführen würde. Der Belagerungszustand ist nur infolge der Verfügungen der Hindi- und Mohammedischen in Peshawar erfolgt. Er hoffe aber, daß die Sondergerichte sich als unnötig herausstellen werden und die Verfügung bald zurückgezogen werden könne.

Besuch aus Japan

Prinz und Prinzessin Takamatsu in Berlin

Aus Hannover kommend, wo er am Vormittag die Kaiserliche Hofkapelle besichtigt hatte, ist der Bruder des Kaisers von Japan, Prinz Takamatsu mit seiner Gattin gestern nachmittag am Bahnhof Friedrichstraße angekommen. Zu seiner Begrüßung waren der kaiserliche Hofkapellmeister Tago und Frau Tago mit dem Stab der Hofkapelle, der hier auf Urlaub weilende deutsche Hofkapelle in Salla, Dr. Borells, und Frau Borells, Hofkapellmeister und Frau von Schöen und Admiral Mikhrdt erschienen. Das Hotel Adlon, wo das Prinzpaar mit seinem Gefolge abgewiesen ist, hat die japanische Flagge gehißt.

Einheitsliste Curtius-Dietrich

Mannheim, 15. August | Ulstein-Nachrichtendienst

Zwischen der Deutschen Staatspartei und der Deutschen Volkspartei in Baden und Württemberg fühlenden Verhandlungen über das Wahlabkommen haben heute zum Teil geführt. Beide Parteien sollen Einheitslisten auf. In Baden wird die Einheitsliste von Reichsminister Dr. Curtius und von Reichsminister Dietrich geführt. An der Spitze der württembergischen Einheitsliste stehen Dr. Theodor Heuß und der bisherige Reichstagsabgeordnete Reinalt. Die beiden Reichstagsabgeordnete werden miteinander verbunden.

Die Führer der indischen Nationalisten werden in den nächsten Tagen wieder nach dem Gefängnis juristisch transportiert werden, in dem sie bis zum Beginn der Konferenz ihre Strafen verbüßen.